

# SYSTEMRELEVANT

Transkript: Folge 260

## Wie schaffen wir eine gerechte Klimawende?

Die Klimakrise zwingt zum Umdenken. Sie verändert Wirtschaft, Arbeit und Alltag. Was bedeutet „Just Transition“ – und warum betrifft es uns alle? Darüber sprechen Christina Schildmann, Vera Trappmann und Dennis Eversberg aus dem internationalen Forschungsprojekt.

### 00:00:02 Einsprecher

Systemrelevant: Fakten für eine demokratische und nachhaltige Wirtschaft.

### 00:00:13 Marco Herack

Heute ist Freitag, der 29. August 2025. Willkommen zur 260. Ausgabe von Systemrelevant. Mein Name ist Marco Herack und ich fand es schon immer etwas sonderbar, muss ich sagen, dass die deutsche Debatte zum Klimawandel mit all seinen globalen Herausforderungen doch sehr, na ja, Deutschland zentriert ist und ich mag mich da täuschen Vera, aber ich habe das Gefühl, dir ist es ähnlich ergangen, oder?

### 00:00:38 Vera Trappmann

Ja, Marco, auf jeden Fall. Das ist auch ein Grund, warum Dennis und ich uns vorgenommen haben, uns die Klimadebatte in anderen Ländern genauer anzuschauen, denn wir sehen natürlich das Spannungsverhältnis auf der einen Seite. Klimawandel betrifft uns in Deutschland schon massiv, denken wir nur an die Überschwemmungen, aber in anderen Ländern sind die Ausmaße des Klimawandels natürlich noch deutlich größer. Wenn wir in Klimaschutz investieren wollen, dann geht das eigentlich nur auf einer internationalen Ebene.

### 00:01:11 Vera Trappmann

In Deutschland ist die Debatte insofern verkürzt, als dass man immer sozusagen bis zur Grenze guckt und schaut, was für Auswirkungen hat Klimaschutz in Deutschland. Aber wenn wir das nicht global betrachten, dann kriegen wir den Klimaschutz nicht in Griff. Und das ist der Grund, warum wir genau wissen wollten, wie sieht denn Klimaschutz in den anderen Ländern der Welt aus und haben uns insgesamt mit 14 Fallbeispielen von USA bis Russland, Deutschland, Südafrika, eine große Spannbreite fast alle Kontinente, angeschaut.

### 00:01:44 Marco Herack

Das war Vera Trappmann, Professorin für vergleichende Arbeitsforschung an der Universität Leeds und Mitglied im Vorstand des Priestley Centre for Climate Futures an der Universität Leeds.

Und ebenfalls mit dabei, Christina Schildmann, ich grüße dich.

**00:01:57 Christina Schildmann**

Hallo, ich grüße euch.

**00:01:58 Marco Herack**

Du bist die Leiterin der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung und Vera hat es schon verraten, wir sind heute zu viert. Dennis Eversberg, hallo.

**00:02:06 Dennis Eversberg**

Hallo.

**00:02:07 Marco Herack**

Du bist Professor für Soziologie mit Schwerpunkt Umweltsoziologie an der Goethe-Universität Frankfurt und leitest zusammen mit Vera Trappmann das Forschungsprojekt 'Just Transition' Aktivitäten im internationalen Vergleich'.

Und an unsere Hörerinnen und Hörer vorweg immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, könnt ihr uns per E-Mail antickern an [systemrelevant@boeckler.de](mailto:systemrelevant@boeckler.de). Also, Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einsenden. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts, derer haben wir zwei und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert.

**00:02:39 Marco Herack**

Ja, da wir jetzt gerade schon Deutschlandzentrismus kritisiert haben, wie ambitioniert ist denn die Klimapolitik im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Regierung, die ja bisher noch nicht so viel umgesetzt hat, konnte sie ja auch noch nicht, zugegebenermaßen. Aber jetzt kommt ja der Herbst der Entscheidungen, das heißt, da werden wir ja dann die ersten Dinge sehen.

**00:03:01 Vera Trappmann**

Ich denke, der Klimawandel spielt 'ne untergeordnete Rolle im Vergleich zur letzten Regierung. Die Klimaschutzmaßnahmen sind aufgeweicht und das wichtige Thema Klimagerechtigkeit, fehlt ganz. Das Thema Klimageld ist vom Tisch, was besonders relevant für die Frage ist, den Klimawandel sozial zu gestalten und gleichzeitig sind die Investitionsausgaben, die beim Klimaschutz ankommen sollen, trotz des Sondervermögens nicht genug. Im Gegenteil, Ausbau von Gas, Pendlerpauschale, Agrardiesel oder Luftverkehrssteuer senken, setzen die falschen Anreize.

**00:03:34 Vera Trappmann**

Und das ist meiner Ansicht nach ziemlich bitter, gerade in den Zeiten, wo Klimaschutz von zahlreichen Krisen überlagert wird und um Aufmerksamkeit, kämpfen muss. Ich denke, damit stehe ich wahrscheinlich nicht so alleine mit der Einschätzung.

**00:03:46 Dennis Eversberg**

Ja, ich sehe das ganz ähnlich. Also man kann zwar erst mal sagen, es gab ja

auch einige ganz positive Kommentare zum Koalitionsvertrag. Ein Kernelement wie jetzt die NDCs, die die vertraglich auch von Deutschland eingebrachten Klimaziele, an den Kohleausstieg und auch an die Klimaschutzverträge, die ja inzwischen eine ganz wichtige Rolle spielen wird. Da wird ja immerhin überhaupt nicht dran gerührt, aber die Tonalität ist schon eine andere geworden. Auch jetzt irgendwie ein paar Monate weiter, wenn man so an das Auftreten von Katharina Reiche als Wirtschaftsministerin denkt und ihre engen Verbindungen zur Gasindustrie, dass sich das auch niederschlägt in dem, was sie macht.

**00:04:19 Dennis Eversberg**

Insgesamt finde ich, sieht man an dem Ganzen, dass sich die Priorisierung weg von Klima und hin zu Wirtschaft verschiebt. Und dann gibt es eben Punkte wie die Abschaffung des Heizungsgesetzes, wo immer noch nicht so ganz klar ist, was das am Ende so richtig bedeutet. Den Ausbau von Gaskraftwerken und die Streichung vor allem der Anforderungen an Wasserstofffähigkeit für diese Gaskraftwerke, wo ich ja auch sagen würde, gerade angesichts der Rahmenbedingungen im Äußeren, die sich ändern, also dass Trump genau versucht, in den USA Wachstum auch dadurch voranzutreiben, dass LNG, Flüssiggas an die EU verkauft wird und die EU praktisch politisch gezwungen wird, das zu kaufen.

**00:04:56 Dennis Eversberg**

Das verändert ja die Bedingungen und dann wird das eine große Gefahr, dass diese Gaskraftwerke vom Backup zum Strukturelement der Industrie- und des Energiesystems werden. Und ich finde, kritisch sehen kann man auch den starken Fokus auf marktliche Instrumente und insbesondere auf den Emissionshandel. Denn da sind nicht nur Gerechtigkeitsprobleme mit verbunden, die aus unserem, aus dem Gewerkschaftsspektrum immer wieder auch thematisiert werden, sondern gleichzeitig sieht man ja jetzt schon, dass EU-weit das Konfliktpotential um diese Fragen steigt, teilweise auch aktiv dagegen mobilisiert wird. Und der Druck zur Aufweichung größer wird, gerade wenn dann 2027 auch Gebäudeheizungen einbezogen werden und dann noch mal zusätzliche Belastungen auf die Leute zukommen.

**00:05:34 Christina Schildmann**

Ja, ich schließe mich an und weise darauf hin, dass es ja schon interessant ist, dass wir uns alle darüber freuen, dass an den Klimazielen nicht gerüttelt wird. Das heißt, wir haben glaube ich, so ein bisschen vorausseilend, das Ambitionsniveau auch direkt gesenkt und sehen das als positiv, dass es sie immerhin noch gibt. Ich habe mal ganz banal so ein bisschen Wörtersuchen betrieben im Koalitionsvertrag und habe geguckt, ob das Wort Klimakrise vorkommt. Es kommt tatsächlich kein einziges Mal vor in dem schwarz-roten Koalitionsvertrag. Im Ampel-Koalitionsvertrag war das noch ganz prominent,

direkt in der Präambel als zentraler Punkt für die Herausforderungen für unser Land.

**00:06:09 Christina Schildmann**

Das ist mir aufgefallen. In der Tat werden einige der Maßnahmen fortgesetzt, manche auch nicht. Stichwort hatte Dennis schon genannt: Heizungsgesetz. Aber viele der klimapolitischen Maßnahmen im industriellen Bereich werden zwar fortgesetzt. Aber die neue Regierung setzt ja sogar keine neuen eigenen Impulse, ist mein Eindruck. Das Sondervermögen allerdings, das Vera Trappmann angesprochen hat, das ist für mich auf der Habenseite, das für Infrastruktur und Klimaneutralität, das es immerhin diese 500 Milliarden sind, also deutlich mehr als 0. Und bei der Ampel ging in der Richtung ja tatsächlich gar nichts.

**00:06:42 Christina Schildmann**

Eine Sache noch, die auch angesprochen worden ist, die Tonalität hat sich geändert, das sehe ich auch. Und die Frage ist, hat sich nur der Sound geändert mit Blick auf Klimaschutz oder hat sich auch die Substanz geändert. Da habe ich auch auf aktuelle Meldungen geguckt, wie Dennis und picke auch mal 2 raus, die ich exemplarisch relevant finde. Zum einen hat die Bundesregierung ja gerade diesen nationalen Sicherheitsrat eingerichtet, der Krisen, so sagen sie, schneller bewältigen, strategische Bedrohung frühzeitig erkennen und ressortübergreifende Lösungen entwickeln soll.

**00:07:13 Christina Schildmann**

Da sind alle möglichen Ressorts vertreten, aber nicht das Bundesumweltministerium. Also Sicherheit wird hier komplett ohne Klimafrage buchstabiert, das finde ich erstaunlich. Und dann, Katharina Reiche als Wirtschaftsministerin wurde schon erwähnt, die ja gerade irgendwie in Frage gestellt hat, ob die EEG-Förderung für kleine Solaranlagen, also diese Balkonanlagen, weitergeführt werden soll, was die erneuerbare Energiebranche natürlich massiv verunsichert. Und wenn sie das machen würde, das wäre glaube ich wirklich ein Problem, weil dann wären vom Aus genau diese Mieterstromprojekte betroffen, da wo Klimaschutz in den Augen von Bürgerinnen und Bürgern auch mit weniger Geld eben was wirklich Gutes ist, wovon sie profitieren und wo sie mitmachen können. Und, wenn man da 'n Fragezeichen hinter macht, dann erstreichen wir wirklich ja die Maßnahmen, die da noch die Bereitschaft decken, auch mitzumachen. Deswegen seh ich gerade im Moment da einiges im Argen.

**00:08:03 Marco Herack**

So, damit hätten wir den depressiven Teil des Podcasts hinter uns Und jetzt kommen wir zum konstruktiven Teil. Also, ich hoffe, dass wir jetzt zum konstruktiven Teil kommen. Ich meine, bei 14 Fallstudien, die er da gemacht habt oder auch noch macht, kann ja auch was Negatives bei rauskommen, so von der Erkenntnis her. Deswegen bin ich noch etwas vorsichtig. Aber

vielleicht können wir noch mal ganz kurz umreißen, was so die Idee und das Ziel des Projektes ist und was vor allen Dingen auch dieser Begriff ‚Just Transition‘, ob der noch mal 'ne tiefere Bedeutung hat oder wie der sich definiert.

**00:08:41 Vera Trappmann**

Ja, also wenn man von ‚Just Transition‘ spricht, dann, dann geht es eigentlich um Strukturwandel im Zuge des Klimawandels und dass die Anpassung an die Klimakrise durch das Senken der CO<sub>2</sub>-Emissionen durch 'ne Umstellung von fossiler Energie auf erneuerbare Energien und die Umstellung der Produktion auf klimaneutrale Güter, dass dieser Wandel, dieser Strukturwandel, sozial fair und gerecht erfolgt. In Deutschland wird der Begriff selten gebraucht. Am ehesten spricht man ja von Fairwende, Energiewende oder Mobilitätswende und der klimabedingte Strukturwandel wird in Deutschland eher zusammengedacht mit Herausforderungen, die sich aus der Digitalisierung und dem demografischen Wandel ergeben.

**00:09:23 Vera Trappmann**

Dann spricht man von einer notwendigen Transformation, also die 3 Ds: Digitalisierung, Dekarbonisierung, demografischer Wandel. Und „Just Transition“, was im internationalen Raum eher verwendet wird, würde man dann auf Deutsch wahrscheinlich als 'ne sozialverträgliche oder abgefederte Transformation beschreiben. In der Debatte ist es ziemlich umstritten, also der Begriff auch „Just Transition“, was jetzt genau damit gemeint ist, gerecht und fair für wen und wer hat eigentlich Deutungshoheit darüber, was gerecht ist, ist es die Politik oder sind es die Betroffenen oder die Gemeinden oder Beschäftigte oder die Wirtschaft?

**00:10:00 Vera Trappmann**

Aber auch die Frage, welche Rolle spielen oder müssten eigentlich zukünftige Generationen spielen, wie gerecht sind Entscheidungen für sie? Na ja, jenseits dieser wissenschaftlichen Streitfrage und Prinzipien der Gerechtigkeit hat die Politik aber einen kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden, an dem sie Transformation oder „Just Transition“ misst. Die internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen, die ILO, hat Prinzipien für die Transition festgelegt, die vor allen Dingen Beschäftigteninteressen mit einbezieht.

**00:10:35 Vera Trappmann**

Und da geht es in einem Kriterienkatalog darum, dass es einen sozialen Konsens geben muss, dass es sozialen Dialog geben muss, Versammlungsfreiheit und Tarifverhandlungen und Schutz im Fall von Arbeitsplatzverlust und Weiterbildungsmaßnahmen für Ersatzjobs und diese Ersatzjobs wiederum müssen Kriterien von guter Arbeit entsprechen. Und damit haben wir sozusagen einen guten Maßnahmenkatalog, den wir auch angewendet haben bei unseren Fallstudien in den 14 Ländern, um zu schauen, das war die Herausforderung, die wir uns gesetzt haben, zunächst nachzuzeichnen, wie sieht

die Klimapolitik aus, welche Rolle spielt Arbeit in der Klimapolitik und welche positiven Ansätze finden wir in der Gestaltung der Transformation, aber auch welche Stolperfallen und was lernen wir aus den Stolperfallen?

**00:11:24 Dennis Eversberg**

Vielleicht ist es bei der „Just Transition“ noch mal interessant, wo das herkommt. Das ist ja tatsächlich ursprünglich eigentlich 'nen Konzept aus Arbeitskämpfen und aus der Gewerkschaftsbewegung gewesen. Der Begriff ist ja zum ersten Mal verwendet worden in den USA in so Auseinandersetzungen, als es darum ging, dass bestimmte stark verschmutzende Betriebe, Chemiewerke und so einen ganz negativen Einfluss gehabt haben, sowohl für die Menschen, die in der Region gelebt haben, sowohl auch für die Ökosysteme dort, also eben alles kaputt gemacht haben, Menschen negativ dadurch betroffen waren und es dann die Frage war, wie können die Beschäftigten dort, die ja selbst auch unter diesem Problem leiden, da angemessen Berücksichtigung finden mit ihren Interessen, wie können sie diese Veränderungen, die notwendig sind, auch das Beenden bestimmter Produktionen aktiv mitgestalten auf eine Art und Weise, die für sie eben gerecht ist und für sie nicht einfach nur Arbeitsplatzverlust bedeutet.

**00:12:15 Dennis Eversberg**

Aus dieser Tradition kommt es ja alles und vor dem Hintergrund spielen dann eben auch diese Auseinandersetzungen und die Diskussionen darum statt, wer wird eigentlich einbezogen. Also es ist immer ein bisschen auch ein Gezerre an diesem Begriff, in den verschiedenen Ländern, die wir haben, auch wessen Gerechtigkeit ist es eigentlich und wie groß und wie wichtig ist die Rolle von Gewerkschaften darin. Das war ja dann auch unser Ausgangspunkt, uns das für die verschiedenen Länder anzugucken.

**00:12:37 Christina Schildmann**

Absolut und ich meine, du sagst, es ist ein altes Konzept, aber es ist, finde ich, sehr bemerkenswert, das sieht man auch gut an eurem Projekt, wie aktuell diese Kriterien sind und wie relevant diese Kriterien sind für die heutigen Transformationsdebatten.

**00:12:49 Dennis Eversberg**

Ja, eins was ich vielleicht noch kurz dazu sagen darf, ist eine ganz wichtige Häutung, die das Ganze durchgemacht hat, ist natürlich tatsächlich im Zeichen der Klimakrise. Ursprünglich ging es eher so um lokale Verschmutzung, dass irgendwie der Fluss verschmutzt war, der der Boden kontaminiert, worden ist. Und auf der globalen Ebene, wenn es wirklich um das Klima und diese ganz mittelbaren Auswirkungen einer Produktion geht, kommen da unterschiedlichste gesellschaftliche Vermittlungsebenen rein, die dann eben auch dazu zwingen, das global zu denken. Und das ist die ganz große Herausforderung, deren unterschiedliche Auswirkungen und Verarbeitungsformen wir in diesen ganzen unterschiedlichen Ländern jetzt beobachten.



**00:13:25 Marco Herack**

Wie sieht es denn in Deutschland aus? Machen wir das ordentlich oder haben wir da Probleme?

**00:13:29 Christina Schildmann**

Wir machen es gar nicht so total schlecht.

**00:13:31 Dennis Eversberg**

Na ja, erst mal, wenn wir das im Vergleich sehen, sehen wir schon, dass Deutschland eigentlich eines der Länder ist, wo wirklich am meisten passiert. Dass in sehr vielen unterschiedlichen Bereichen, gerade auch Gewerkschaften, sehr aktiv sind darin, auch sehr große Einflussmöglichkeiten haben auf ganz verschiedenen Ebenen und verschiedenen Feldern, die sie aktiv zu nutzen versuchen. Also wir würden eigentlich sagen, die Voraussetzungen, Lösungen für das ‚Just‘ in der Transition sind in Deutschland eigentlich sehr gut, aber die Umsetzung ist gerade ganz erheblich ins Stocken geraten.

**00:14:02 Dennis Eversberg**

Das ist vielleicht so der Hauptpunkt. Wir sind das ja auch gewohnt, wenn wir über Deutschland reden, immer erst mal zu sagen, ist alles ganz schön schwierig. Und das gilt natürlich auch für diese Fragen. Ich würde sagen, in der deutschen Öffentlichkeit gibt es ja im Moment erst mal ganz stark das Bild einer sozialen Schieflage der Klimapolitik. Das bisschen Schräge daran, finde ich, ist ja, dass das immer festgemacht wird an Heizungsgesetz oder Verbrenner aus. Und so eine Schieflage, die gibt es und ich würde sagen, die ist eigentlich aber am stärksten gar nicht so sehr bei diesen Beispielen, sondern zum Beispiel bei der Nichteinführung des versprochenen Klimagelds, was eben wirklich gerade den Haushalten, die am stärksten unter Preissteigerungen und so was zu leiden haben, geholfen hätte.

**00:14:38 Dennis Eversberg**

Und gleichzeitig sollte das alles nicht drüber hinwegtäuschen, dass jetzt im internationalen Vergleich die Möglichkeiten auf sozialen Ausgleich hinzuwirken in Deutschland noch mal viel ausgeprägter sind oder in vielem wirklich recht ausgeprägt sind. Der Kohlekompromiss zum Beispiel ist ja etwas, was in ganz vielen anderen Ländern ein bisschen neidisch betrachtet wird, international wirklich oft als ein Positivbeispiel hingezogen wird eines sozial moderierten und abgefederten Transformationsprozesses. Das finde ich auch erst mal eine interessante Außenwahrnehmung. Und jetzt sollte und könnte es ja eigentlich in Deutschland aus gewerkschaftlicher Sicht so die Hauptaufgabe sein, die Instrumente von Mitbestimmung, Tarifautonomie, die politischen Einflussmöglichkeiten, die es gibt, die wir haben, zu nutzen, um sektorale und regionale Übergänge zu Klimaneutralität, vielleicht auch in anderen Nachhaltigkeitsdimensionen, sozial gerecht zu gestalten.

**00:15:26 Dennis Eversberg**

Und stattdessen sind wir jetzt aktuell in der Lage, in der das Zustandekommen dieser Übergänge mit Blick auf die Zukunft dieser notwendigen schnellen Transformation insgesamt eher in Frage steht. Auf der Kippe steht ein bisschen. Wir haben über den Klimaaspekt im Koalitionsvertrag gesprochen und deshalb sprechen wir im Moment so tentativ für Deutschland als vorläufige Charakterisierung eher von limitierten und begrenzten ‚Just Transitions‘. Und zwar begrenzt erstmal durch die Bremsung oder Umkehrung der Transformationsprozesse selbst. Ein Beispiel wäre hier zum Beispiel ArcelorMittal, wo es eigentlich ganz gut aussah, dass die Umstellung auf Wasserstoff und Lichtbogenöfen auf eine sozial eingebundene und gewerkschaftlich betrieblich begleitete Art und Weise hätte stattfinden können und dann wurden die Investitionen insgesamt einfach gestoppt.

**00:16:11 Christina Schildmann**

Ich finde dieses ArcelorMittal-Beispiel auch absolut relevant mit Blick auf wo stecken wir gerade fest in der Transformation, aber diese Umrüstung dieser beiden Werke da, das eine in Bremen und das andere in Eisenhüttenstadt, ist ja definitiv nicht an den Betriebsräten oder den Gewerkschaften gescheitert, sondern da hat das Management gesagt, das rechnet sich für uns nicht, also wir lassen es erst mal, ne? Gewerkschaften haben das massiv kritisiert, dass da gestoppt worden ist der Umbau und auch für die Betriebsräte war das 'n wirklicher Schlag. Die hatten sich ja schon ganz stark darauf eingestellt, dass sie sich da einbringen, diese Transformation da sozial zu gestalten. Wir wollten die auch mitbeforschen und tun das auch weiterhin, aber das zeigt sich, dass die Gewerkschaften und die Betriebsräte sehr stark für die grüne Transformation sich aus dem Fenster gelehnt haben.

**00:16:58 Vera Trappmann**

Ja, Christina, das ist eigentlich ein gutes Beispiel dafür, dass wir sagen, Deutschland ist eigentlich sehr gut vorbereitet mit den Institutionen, die wir haben, den klimabedingten Strukturwandel zu gestalten. Und es gibt viele positive Beispiele, wo innovative Ansätze entwickelt worden sind in Deutschland, wo die anderen Länder auch gucken und sagen: „Oh Mensch, das wäre was, was wir vielleicht auch mal ausprobieren könnten.“ Man denke, Dennis hat es gesagt, die Kohlekommission, wo wirklich ein Konsens verhandelt wurde mit allen Akteuren am Tisch.

**00:17:31 Vera Trappmann**

Aber, auch das Qualifizierungsgeld, das ja letztendlich eine Initiative der Gewerkschaften war, ein Vorschlag, der dann aufgenommen wurde von der Regierung und wo man proaktive Instrumente geschaffen hat, die die Belegschaften und Beschäftigte auf die Transformation vorbereiten. Und genauso war es bei ArcelorMittal, also das gerade, man könnte eigentlich sagen, der Betriebsrat wahnsinnig proaktiv war und neben den Verhandlungen mit dem



Arbeitgeber und der Regierung zu den Investitionen in die Technologie, 'n Riesenprojekt aufgelegt hat, über 2.000.000, wo es um die Umschulung der Beschäftigten geht in Vorbereitung darauf, dass die neuen Hochöfen eingeführt werden, die elektrischen.

**00:18:17 Vera Trappmann**

In dem Fall ist das 'n gutes Beispiel dafür, dass die Institutionen da sind, dass man sie wunderbar nutzen könnte. Und hier ist es dann einfach die Kapitalseite, die letztendlich, das würde ich sagen, wenn man sich auch die Stahlindustrie in anderen Ländern ausschaut, im Grunde so ein State Dumping macht.

**00:18:33 Vera Trappmann**

Also, welche Regierung, wo kann man sozusagen noch mehr Subventionen rausquetschen und da erstmal unter Druck setzt und vielleicht auch ein bisschen erpresst. Und das ist natürlich ein Kontext und eine Rahmenbedingung, in der sich die Regierung jetzt befindet, wo das Handeln jetzt natürlich ein bisschen schwerfällt. Das muss man sozusagen auch zu Buche halten. Wir haben das gesehen, dass die Sozialpartnerschaft in Deutschland bröckelt. Also sozusagen der Zuspruch der Arbeitgeberseite zu Standards, die wir für absolut gesetzt hielten, ist am Wanken, wie wir haben, Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland.

**00:19:08 Vera Trappmann**

Und dann wird natürlich die Debatte um 'ne 'Just Transition' noch mal ganz anders und vielleicht ein bisschen verengt geführt. Ein Punkt, der mir aber noch wichtig ist in Ergänzung zu dem, was Dennis gesagt hat. Wir haben eigentlich in Deutschland, wenn man von den aktuellen Schwierigkeiten absieht, uns die Entwicklung der letzten 30 Jahre angeguckt und da kann man eigentlich schon von einer ökologisch getriebenen Modernisierung sprechen. Also es gibt durchaus ganz starke Elemente auch auf Seiten der Gewerkschaft, wo Klimaschutz und Umweltschutz eine große Rolle spielt. Jetzt ist die große Gefahr, wie kann man sozusagen das Stocken dieser ökologischen Modernisierung aufhalten oder wieder zurechtbiegen.

**00:19:51 Marco Herack**

Ja, wobei wir ja zugleich aber auch gesehen haben, wenn man das mal so im Rahmen der Klimaziele denkt, dass Deutschland doch recht spät gestartet ist und dann natürlich mit jedem Jahr, das zu spät ist, auch die Aufgabe immer größer wurde. Und man jetzt quasi vor dem großen Berg steht und just in dem Moment dann die Entscheidung im Grunde treffen müsste: Schreiten wir jetzt voran oder lassen wir es? Und für den Moment scheint es ja dann so zu sein, dass man sich erschlagen fühlt.

**00:20:19 Vera Trappmann**

Natürlich, und das Verschlafen der Investitionen über Jahre, das macht

natürlich die Herausforderung jetzt auch so wahnsinnig viel größer. Alle werden zustimmen, wenn sie an die Deutsche Bahn denkt.

**00:20:29 Christina Schildmann**

Da haben wir jetzt ja zum Glück das das Sondervermögen, was zumindest ja die Option wieder eröffnet, dass investiert wird. Und wenn das jetzt klug und gerecht ausgegeben wird, dann sind wir da schon mal ein bisschen weiter. Aber wir haben verschiedene Lücken zu schließen, das denke ich schon auch in der Debatte. Zum Beispiel die Orientierungslücke ist mein Eindruck. Denn Vera, ihr habt ja diese Beschäftigtenbefragung gemacht, wo ihr geschaut habt, was die Beschäftigten in der Transformation sehen, für sich erwarten, erhoffen. Und da sehen wir ja eine ganz große Verunsicherung darüber.

**00:20:59 Christina Schildmann**

Was heißt diese Transformation eigentlich für mich und meinen Arbeitsplatz? Da gibt es ganz viele, die sagen, da werden neue Jobs geschaffen. Da gibt es genauso viele, die sagen, da werden nur schlechtere Jobs geschaffen oder die fallen alle weg. Und ein Drittel weiß überhaupt nicht, sagt keine Ahnung, was da passiert. Also dieses, man weiß nicht genau, wohin die Reise geht, ist ein riesiger Punkt. Und Planungssicherheit ist da sicherlich wichtig. Und dann habe ich auch noch so eine Akzeptanz und Ahnungslücke aus unserer Forschung rausdestilliert. Das IMK bei uns im Haus hat letztes Jahr eine Studie gemacht zur Akzeptanz des CO2-Preises.

**00:21:34 Christina Schildmann**

Den hatte ja Dennis auch schon erwähnt. Dieser steigende oder mäßig ansteigende CO2-Preis, der Jahr für Jahr aufwächst. Da haben wir gesehen, dass der sehr, sehr wenig Akzeptanz findet und auch ganz komisch eingeschätzt wird. Also ganz viele denken, dass der Preis unglaublich hoch ist, jetzt schon, was er gar nicht ist, aber haben überhaupt keine Vorstellung davon, wie er ansteigt. Also sie wissen sehr, sehr wenig darüber, sie fühlen sich jetzt ungerecht belastet und unterschätzen aber die Wirkung in der Zukunft. Da haben wir ganz viel Kommunikationsarbeit zu leisten, ist mein Eindruck.

**00:22:04 Christina Schildmann**

Und natürlich auch soziale Flankierung. Das Klimageld hat Dennis Eversbeck erwähnt, wobei auch da zeigen unsere Studien, dass die Verteilungswirkung da gar nicht so grandios ist, wie wir uns das erhofft haben. Es ist ein Element, aber nur eines unter vielen.

**00:22:18 Vera Trappmann**

Christina, du hast die Umfrage angesprochen, die haben wir jetzt 2022 gemacht und für mich zeigt die Umfrage noch mal sehr gut, dass wir auch mit Hinblick auf die Beschäftigten eigentlich in einer sehr guten Position waren,

was die Gestaltung des Klimaschutzes und des Umbaus anging, weil die absolute Mehrheit der Beschäftigten zeigte sich über den Klimawandel besorgt und hat 'ne Umstellung auf grüne Energien und Produkte befürwortet. Ein Großteil der Beschäftigten hat 2022 gesagt, sie sind bereit sich umzuschulen, haben positive Effekte für ihre eigenen Berufsbiographien und Lebensentwürfe gesehen, oft begründet mit dem Wunsch, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

**00:23:01 Vera Trappmann**

Aber was ganz klar aus der Umfrage rauskam, war, dass dieser Umbau sozial gestaltet sein muss. Fragen nach der Finanzierung von den Umschulungen, von der Bezahlung von Jobs in den neuen Branchen, aber eben auch die Frage von bezahlbarem Strom für die Haushalte. Und in der letzten Regierung wurden diese Ängste der steigenden sozialen Ungleichheit durch Klimaschutz und Dekarbonisierung nicht ernst genug genommen, meiner Meinung nach. Und der Rechtsruck bei den Wahlen hat dann jetzt bei der jetzigen Bundesregierung dazu geführt, den Klimaschutz aufzuweichen, anstatt ihn anders, nämlich sozial zu gestalten.

**00:23:35 Vera Trappmann**

Und aus meiner Sicht hat das nicht nur negative Folgen für das Erreichen von Klimaneutralität, sondern bedeutet auch eine Gefahr, die AfD weiter zu stärken, die sich als Partei des kleinen Mannes inszeniert. Die soziale Gerechtigkeit ist in dem jetzigen Haushalt vielleicht den Rüstungsausgaben zum Opfer gefallen, die dann wiederum vor allem Gewinne für die Rüstungsindustrie, steigen lassen werden. So, hier findet gerade 'ne Umverteilung nach oben statt. Natürlich ist die politische Lage schwierig mit der Bedrohung durch Putin und der Erpressung durch Trump, aber gerade das erfordert Weitsicht und ich denke, also Christina, du hast gesagt, es ist positiv, dass wir das Sondervermögen haben.

**00:24:13 Vera Trappmann**

Das teile ich. Das hätten wir in der letzten Regierung haben können mit 'ner Aufweichung der Schuldenbremse. Aber es ist meiner Ansicht nach schon bedenklich, wie viel Geld jetzt ausgegeben wird und dass es für den Klimaschutz aber immer noch nicht genug ist und die gesellschaftlichen Kosten dafür, denke ich, werden wir leider bald sehen und zu fühlen bekommen.

**00:24:33 Dennis Eversberg**

Ja, und also auch auf die Gefahr hin, den depressiven Teil fortzusetzen, so wichtig jetzt irgendwie die 500 Milliarden für Infrastruktur sind, so groß ist bei mir ein bisschen auch die Befürchtung, dass gerade eben wiederum auch durch den Druck aus den USA und die Forderung von Trump jetzt 5% statt 2% in Verteidigung zu stecken, diese Mittel gewissermaßen in einem großen Teil umgewidmet werden und dann eigentlich verdeckt quasi zu zusätzlichen Militärinvestitionen oder zu so Dual-Use-Investitionen werden. Jobs mögen

trotzdem entstehen, aber die Chancen, dass das wirklich auch sowohl im Hinblick auf Klimanachhaltigkeitsziele als auch im Hinblick auf 'n sozialen Ausgleich und gerechter allen zugängliche, bezahlbare und so weiter Infrastrukturen eingesetzt werden kann, können dadurch natürlich ziemlich in Mitleidenschaft gezogen werden.

**00:25:23 Marco Herack**

Aber vielleicht können wir hinkommen zu der Frage, wie es denn in anderen Ländern läuft und vielleicht kann man da auch was lernen, weil das wäre ja glaube ich, auch das große Ziel. Also habt ihr da was gefunden, wo man sagen würde, Mensch, in Deutschland, das sollten wir auch so machen.

**00:25:37 Vera Trappmann**

Ja, ich lass Dennis mal das Best Practice Beispiel, der beste Schüler in der Klasse. Aber wenn man sozusagen noch ein bisschen weiter guckt, also Kolumbien hat mit einer neuen linken Regierung das Projekt Klimaschutz und ‚Just Transition‘ massiv vorangetrieben, hat 'ne nationale ‚Just Transition‘ Strategie auf nationaler Ebene verabschiedet, hat dieses Jahr 'ne Roadmap für 'ne, Just Energy Transition festgelegt und ‚Just Transition‘ gesetzlich festgeschrieben mit Elementen von Verstaatlichung, Kreislaufwirtschaft und lokalen Energieunternehmen.

**00:26:11 Vera Trappmann**

Das ist vielleicht so das Beispiel, wo auf der höchsten Ebene sozusagen die ganze Wirtschaft betreffend ‚Just Transition‘ eingeführt wurde. Im kleineren Rahmen können wir zum Beispiel nach Quebec gucken, wo als Provinz, als kanadische Provinz, unglaublich viel in das Fachkräftetraining investiert wird, um Belegschaft mit den Kompetenzen auszustatten, die die Transition ermöglichen. Und Gewerkschaften haben ja als treibende Kraft 'n gesellschaftlichen Konsens ausgehandelt, wo alle gesellschaftlichen Kräfte Green Skills priorisieren.

**00:26:44 Vera Trappmann**

Wir haben Trump jetzt schon 'n paar Mal genannt, bevor Trump war, die USA auch vorbildlich mit der Biden-Regierung, mit dem starken Commitment zum Pariser Abkommen haben sie, mit dem Inflation Reduction Act 'ne nationale Investitionsstrategie aufgelegt in erneuerbare Energien. Und was daran interessant war, wovon man was lernen konnte, war eben die Kopplung der Investitionen und staatlichen Subventionen an Bedingungen guter Arbeit.

**00:27:12 Christina Schildmann**

Und wer ist jetzt der beste Schüler in der Klasse?

**00:27:15 Dennis Eversberg**

Der beste Schüler in der Klasse ist, wenn man da Schulnoten vergeben will, Spanien. Wobei, vielleicht noch mal ganz kurz zu Kolumbien, da muss man

ja auch wirklich sagen, das ist ein wahnsinnig bemerkenswerter Fall, weil es ein Land ist, das erst mal sehr viel schwierigere Ausgangsbedingungen hat, ein Land des globalen Südens mit einem weiterhin extraktivistischen Wirtschaftsmodell. Und das wirklich Beeindruckende dort fanden wir es eigentlich, die Rolle der Gewerkschaften, die ganz klar und ganz eindeutig, und zwar bottom-up von den Mitgliedern ausgehend, auch die Gewerkschaften des Kohlesektors gefordert haben, das muss hier enden, weil die ökologischen Schäden und die Auswirkungen auch auf die Orte und die Gemeinschaften, in denen wir leben, so desaströs sind und da voll dahinterstehen.

**00:27:54 Dennis Eversberg**

Das finde ich wirklich ganz beeindruckend. Aber kommen wir zu Spanien. Spanien hat uns auch beeindruckt, weil es eine wahnsinnig koordinierte und in die unterschiedlichsten Richtungen sehr durchdacht verfolgte, sehr fundierte Strategie hat, die über einen langen Zeitraum entwickelt und dann ganz gezielt implementiert worden ist, seit eben die gegenwärtige Regierung im Amt ist. Und in Spanien werden sehr viele Akteure einbezogen auf allen Ebenen. Also es sind sehr breite gesellschaftliche Bündnisse, die darum gebildet werden. Und zentral in dieser ganzen Strategie sind eigentlich Übereinkünfte oder Verträge, in denen sich einerseits sektorale und andererseits eben regionale und lokale Akteure in betroffenen Sektoren und Regionen, in denen ganz klar es einen großen Veränderungsbedarf gibt, in einem partizipativen Prozess auf einen Plan von Maßnahmen einigen, die nicht ausschließlich auf Klima und Wirtschaftlichkeitsziele, sondern zugleich auch auf die Kriterien der ILO ausgerichtet sind. Den Rahmen dafür bildet erstmal einen ‚Just Transition‘-Plan auf nationaler Ebene, in dem in Fünfjahreszeiträumen übergreifende Ziele definiert werden. Hieraus ergeben sich dann die Sektoren, für die dann der Prozess eingeleitet wird.

**00:29:03 Dennis Eversberg**

Und sektoral ist die Konstellation dann im Wesentlichen eine tripartistische. Also Staat, Unternehmen und Gewerkschaften sitzen an einem Tisch und handeln das aus. Und da war natürlich in der ersten Runde dieser Pläne 2019 bis 2024 Bergbau und Kohleverstromung als die allergrößte Baustelle erst mal im Zentrum. Die Sektoren, in denen da diese sektoralen Pläne ausgehandelt worden sind. Und daraus im Zusammenhang damit ergibt sich dann eben, dass es Schwerpunktregionen und Orte gibt, an denen der größte Bedarf ist.

**00:29:33 Dennis Eversberg**

Also dann eben die Orte, wo Bergbau stattfindet, die Orte, wo Kohlekraftwerke bisher standen, gearbeitet haben. Und es wird dann jeweils in einem partizipativen, länger angelegten, über mehrere Jahre laufenden Prozess ein Plan entwickelt, was in dieser Region passieren soll, um nicht nur jetzt diese schädliche Industrie und Aktivität loszuwerden, abzuwickeln. Sondern

gleichzeitig im gleichen Zuge andere Aktivitäten aufzubauen, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch für die Menschen der Region, für die Lebensqualität, dort für die Attraktivität dieser Region vorteilhaft sind.

**00:30:11 Dennis Eversberg**

Das heißt, der Fokus liegt nicht allein auf Jobs, sondern auf den Bedarfen und Bedürfnissen der Menschen, der Gemeinschaften vor Ort, der Lebensqualität, des funktionierenden Zusammenlebens, dass man da eben gerne weiterlebt, dass es nicht zu einem verstärkten Wegzug kommt, sondern möglicherweise sogar zu Zuzug, dass Zukunftsperspektiven eröffnet werden. Und in diesen partizipativen Prozessen, die über verschiedene Stufen laufen, ist dann eben noch mal ein deutlich größeres Akteursspektrum einbezogen, eben wirklich lokales Kleingewerbe, Zivilgesellschaft, andere Organisationen auch neben den Gewerkschaften.

**00:30:44 Dennis Eversberg**

Und es gibt quasi eine Art Ideenwettbewerb, Möglichkeiten, sich zu bewerben für Anteile an Förderung, um etwas aufzubauen. Und entscheidend dafür, dass das möglich gewesen ist, muss man sagen, sind eigentlich politische, auch vor Ort verankerte gesellschaftlich verwurzelte Gewerkschaften, die eine ganz lange strategische Arbeit gemacht haben. Die spanischen Gewerkschaften haben ja schon vor langer Zeit, ich glaube um 2000 herum, von den eigenen Thinktanks Sustain Labour gegründet, sind auf die Ebene der ILO gegangen, haben dort mitgewirkt an der Entwicklung dieser Kriterien und haben all das von dieser internationalen Ebene dann wieder zurückgetragen nach Spanien.

**00:31:22 Dennis Eversberg**

Und als eben die Regierung unter Sanchez ins Amt kam, hat sich die Möglichkeit ergeben, wirklich engen Einfluss zu nehmen auch auf die Strategieentwicklung in den Ministerien, in der Regierung und von dort aus diese Kriterien direkt in die Politikentwicklung einzubringen. Es ist auch ein ‚Just Transition‘ Institute gegründet worden, um das zu begleiten. Dadurch hat das alles diesen starken strategischen, einerseits Top-Down von den staatlichen Institutionen aus angeleiteten und dann aber eben in einen Bottom-Up-Prozess, in den Beteiligungsprozess, einen sehr demokratischen und einem bedürfnisorientierten Prozess mündenden Charakter.

**00:31:57 Christina Schildmann**

Spanien ist super interessant. Ich will nur noch mal einmal zurück in die USA gucken, weil das ist ja schon auch ein Rätsel, da wurde ja vieles richtig gemacht. Zum Beispiel diese, Dennis, du sprachst in Spanien die Think Tanks an, die aus der Arbeitnehmergewerkschaftsperspektive die Sache vorangetrieben haben. Die gab es ja in den USA auch, die haben sich stark eingeschrieben in den Inflation Reduction Act. Das Ganze ist Programm zur Schaffung von inländischen Industriearbeitsplätzen gewesen, wie Vera gesagt hat.



Grüne Transformation von der Arbeit ausgedacht und eben diese sozialen Bindungen oder die Verknüpfung von Fördermitteln mit Konditionen.

**00:32:33 Christina Schildmann**

Labour Strings attached hatte das Center for American Progress genannt. All das war da und hat auch geklappt. Also es gibt Studien, die zeigen, da sind gute Arbeitsplätze entstanden, insbesondere in so abgehangenen Industrierregionen, die ja auch mehrheitlich republikanische Wähler haben. Und jetzt kommt Trump und wickelt mit der sogenannten Big Beautiful Bill viele Dinge wieder ab, erklärt den Elektroautos und der Solar und Windenergie den Kulturkampf. Das ist schon irritierend, was da gerade passiert. Das stimmt dann wiederum nicht so optimistisch. Also vielleicht lieber auf Spanien gucken, wo es gerade noch gut läuft.

**00:33:09 Marco Herack**

Na ja, aber Christina, das ist ja, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt. Wir sehen ja den Unterschied zwischen Spanien und den USA, dass in Spanien scheinbar 'n gesellschaftlicher Konsens auch da war, ne, während der in den USA halt nicht da war und dann, je nachdem, wie die Wahlen dann ausgehen, das umgesetzt wird und um den Bogen nach Deutschland zu schlagen, würde man das da vielleicht ähnlich sehen, ne. Das gibt nicht den gesellschaftlichen Konsens, auch wenn wir stark gestartet sind.

**00:33:36 Dennis Eversberg**

Ja, ich glaube, das muss man leider erstmal zur aktuellen Lage in Deutschland, wo wir jetzt doch wieder in Deutschland sind, zur Kenntnis nehmen, dass sich da in den letzten zwei, drei Jahren auch ganz viel verschoben hat. Das kann man jetzt alles auf diese Gerechtigkeitslücken und so schieben, aber ich glaube, das ist dann auch ein bisschen verkürzt, sondern es hat eben schon auch sehr viel zu tun mit politischer Strategie bestimmter Akteure, mit einer bestimmten Art und Weise, wie die Themen auch in Medien verarbeitet werden, gegen die unglaublich schwer anzukommen ist und wo es dann ganz schwierig ist, einen anderen Diskurs zu setzen und einen anderen Blick auf diese Fragen auch zu prägen.

**00:34:10 Dennis Eversberg**

Wo natürlich auch die Schwierigkeit ist, dass man aus einer langen Phase, in der bestimmte Teile der Gesellschaft, gerade Leute, die bereits einen relativ großen materiellen Wohlstand genießen, so in die Erwartungshaltung gekommen sind, dass eigentlich ihre Zuwächse an materieller Lebensqualität sich immer weiter fortsetzen und gerade eben die die wohlhabenden Teile, der Gesellschaft ist, auch nach unseren soziologischen Arbeiten, aus meiner sonstigen Arbeit heraus, die Erkenntnisse sind eigentlich entscheidend dafür, dass sich die Stimmung in den letzten Monaten und Jahren so verschoben hat.

**00:34:42 Dennis Eversberg**

Also dass diese gesellschaftliche Wohlstandsmittel eigentlich aus dieser Balance von, auf der einen Seite brauchen wir ja Klimaschutz und brauchen wir Transformation und Veränderung und auf der anderen Seite möchten wir aber bitte weiter so leben wie bisher. Merkel hatte ja immer versprochen, dass man das beides miteinander verbinden und das so moderieren kann, dass die Leute nichts davon mitkriegen. Und der Unmut richtet sich jetzt darauf, dass dieser Deal wahrgenommen nicht mehr gilt und einem plötzlich was abverlangt wird. Dass man eben doch selbst mitverantwortlich ist für das Ganze und in irgendeiner Weise den eigenen Beitrag leisten muss und dass die Schultern, die das können, auch entsprechend herangezogen werden sollen.

**00:35:18 Dennis Eversberg**

Und dann rückt eben das "Wir möchten aber bitte weiter so leben wie bisher." in den Vordergrund. Das schlägt sich in Deutschland tatsächlich auch in diesen Sachen, wie Christina hat das mit der Ahnungslücke schon thematisiert, darin nieder, dass der skeptische Blick auf Maßnahmen noch mal deutlich stärker ist als in anderen Ländern. Das sehen wir auch in international vergleichenden Studien. Konkrete Maßnahmen, die in irgendeiner Weise die eigene Gewohnheit, die eigene Lebensweise, die eigenen Erwartungen betreffen, werden hierzulande deutlich stärker abgelehnt.

**00:35:49 Vera Trappmann**

Ich wollte noch mal den Blick auf die Weltmacht USA und wie sehr sie sich jetzt gegen den Klimaschutz wendet, einerseits relativieren. Von unseren Kollegen im Projekt an der Cornell University, die gehen eigentlich davon aus, dass der Klimaschutz sich verlagert auf die Ebene der demokratisch geführten Federal States. So dunkel das Bild aussieht, was sozusagen unter dem Einflussbereich von Trump liegt, dass aber ganz viel Politik eben doch auf der Ebene der Federal States gemacht wird und da durchaus der Klimaschutz nicht komplett abgeschrieben wird.

**00:36:21 Vera Trappmann**

Das ist vielleicht so ein kleiner Lichtstreif am Horizont. Wobei natürlich, wenn man sich die beiden Weltmächte anguckt oder, oder vielleicht die 3 Weltmächte, USA, Russland und China, die wir alle 3 in unseren Fallstudien mit angeschaut haben, dann ist es natürlich schon bedenklich, dass unter den autokratischen Systemen Klimafragen so stark ignoriert werden. Also in Russland zum Beispiel spricht unsere Kollegin Olga Ushan Seva von der Transition without Transition. Es finden ganz viele Umstrukturierungsprozesse statt, die aber überhaupt nicht klimapolitisch motiviert sind, sondern vor allen Dingen den geopolitischen Erwägungen und der Fortführung von fossilen Energien unterworfen sind.

**00:37:02 Vera Trappmann**

Das ist ja teilweise ähnlich in China. Da kann man sagen, ist China in gewisser Weise einen Frontrunner, was die Green Transition angeht. Da wird staatlich verordnet ein großer Umbau geschaffen, aber da ist es im Grunde eine Transition without justice, weil es sozusagen gar keine Beteiligung von den Beschäftigten gibt, sondern teilweise Arbeitsplatz und damit auch Wohnplatzverlagerungen. Also, ganze Unternehmen werden im Grunde relociert und die Beschäftigten müssen, dann mit da ist sozusagen die Perspektive, was heißt das eigentlich für die Bevölkerung oder für die Beschäftigten, komplett unterrepräsentiert, was aus meiner Sicht sozusagen allen demokratisch geführten Staaten und Ländern umso entschiedener eigentlich vorzeigen müsste, dass wir nicht zögern können in der Umsetzung der Dekarbonisierung.

**00:37:50 Vera Trappmann**

Und vor allen Dingen in der demokratischen und beteiligungsorientierten Umsetzung. Das ist vielleicht eher ein Aufruf, als jetzt genau zu sagen, wie man es machen kann. Aber wir haben ja gesehen, in Deutschland haben wir gute Instrumente. Der gesellschaftliche Konsens, wie kriegen wir den wieder hin? Ich persönlich glaube, dass wir eine neue Form von öffentlicher Kommunikation und Konsensbildung brauchen, neue Orte des Politischen. Wir haben total gespart an politischer Bildung.

**00:38:20 Vera Trappmann**

Meiner Meinung nach rächt sich das jetzt. Also wir brauchen andere Orte, wo wir über Klimafragen verhandeln können und vielleicht stärker eine Kommunikation über die ganzen sogenannten Co-Benefits haben. Also was heißt es, wenn wir den Klimaschutz und in die Infrastruktur. Investieren? Stärken aufzeigen, wo das Lebensqualität verbessert, es so ausrichten, dass es soziale Ungleichheit vermindert statt vergrößert. Also das wären Ideen in diese Richtung.

**00:38:46 Christina Schildmann**

Teile ich alles und wir sehen ja auch oder ihr habt ja auch gezeigt, zurückrudern hilft auch überhaupt nicht. Ich erinnere mich, dass du mal berichtet hast, Vera, ihr habt euch Großbritannien angeguckt. Damals noch zur Zeit Rishi Sunaks, der Wähler gewinnen wollte, indem er das Verbot für neue Autos mit Diesel und Benzinmotoren verschoben hat. Hat ihm aber politisch ja überhaupt nichts genützt, im Gegenteil. Das hat für mich noch mal schön gezeigt, dass dieses Zurückrudern aus dem Impuls, irgendwie populistisch zu werden, dass das wirklich überhaupt nichts bringt.

**00:39:19 Vera Trappmann**

Wir haben einen ganz wichtigen Punkt noch nicht genannt, wenn man sozusagen den Blick weitet und das ist, wie große Teile im globalen Süden sehr, sehr skeptisch auch dieser ‚Just Transition‘ gegenüberstehen. Und die darin

nicht unbedingt ein positives Projekt sehen, sondern besorgt sind, dass es eine neue Form neokolonialer Ausbeutung sein könnte, die vom Green Colonialism sprechen und das eher als eine Zumutung wahrnehmen. Eindeutiges Beispiel dafür, Südafrika, wo es mal eine Bottom-Up angelegte breite Diskussion um die Kriterien für eine ‚Just Transition‘ in den Kohleregionen gab und die jetzt das Gefühl haben, mit den Just Energy Partnership Transitions wird ihnen ein Fahrplan und 'ne Pfadabhängigkeit aufgelegt, von der die lokale Bevölkerung nichts hat, sondern vor allen Dingen Eliten des globalen Nordens und von den internationalen Unternehmen profitieren.

**00:39:58 Vera Trappmann**

Ihr seht die Spannweite, ja, selbst mit einem progressiv angelegten Projekt, wie viel Gefahren da auch drohen. Wir hatten 'ne Veranstaltung mit Gewerkschaftern aus Südafrika, Deutschland und Großbritannien und da war es total wichtig oder war es total interessant und spannend zu sehen, wie wichtig der Dialog und Austausch ist, weil dann die südafrikanischen Gewerkschafter total erstaunt waren, also bei aller Kritik an dem Westen und an den globalen Eliten, dass die Beschäftigten unter ziemlich ähnlichen Problemen leiden in Deutschland und Großbritannien wie sie selbst. Also das war für die Frage von internationaler Solidarität unglaublich wichtig.

**00:40:47 Christina Schildmann**

Daraus leite ich 2 Sachen ab. Für mich war das auch sehr perspektiverweiternd der Hinweis von euch, den ihr aus der Forschung entnommen habt, dass die Green Transition bei uns teilweise in der Welt als neokoloniales Projekt, betrachtet wird. Zum einen, du hattest ja erwähnt, Vera, diese Energie und Klimapartnerschaften. Da ist es aus meiner Sicht zentral, dass da die Gewerkschaften mit am Tisch sitzen, mitverhandeln, und zwar auf beiden Seiten, damit es eben dieses Projekt der internationalen Arbeiterinnensolidarität auch sein kann. Und zum zweiten das Lieferkettengesetz, das ja gerade wieder massiv diskutiert wird und auch im Koalitionsvertrag mit einem Fragezeichen versehen ist.

**00:41:23 Christina Schildmann**

Denn wenn am Ende der Lieferkette dann Kinderarbeit in Minen ist, um eben unsere, E-Autos zu ermöglichen, das ist ein Problem. Das ist gerade ist ein Problem der Legitimation und der Glaubwürdigkeit. Deswegen ist aus meiner Sicht das Lieferkettengesetz schon auch eine Antwort auf diese Perspektive des Neokolonialen.

**00:41:41 Dennis Eversberg**

Es ist eine Antwort und ich glaube aber in einem Fall wie Südafrika sieht man auch noch mal andere Teilantworten, ne. Das eine ist, dass da eben irgendwie dieses Programm Just Energy Transition Partnerships, ich glaube das IWF quasi ja das Zentrale war und gerade dieses JET-Programm (Just Energy Transition) ist das, was da wirklich die Wut, sich zieht, weil es eine

Verschuldung bedeutet, weil es Südafrika neue Abhängigkeiten bringt, anstatt es in die Situation zu bringen, autonom in der Lage zu sein, seine Probleme zu lösen. Und dass dann in dem nächsten Schritt noch mal das passiert, dass dann, dann werden Windkraftanlagen gebaut und wo kommen die her?

**00:42:16 Dennis Eversberg**

Die Investoren aus Europa, die da Windparks aufbauen, schiffen die einen aus Europa und die werden dort einfach nur aufgebaut. Das heißt, es entsteht auch kein lokaler Aufbau technologischer Kapazitäten. Das ist, glaube ich, auch noch mal ein wichtiges Feld zu sagen, nee, es muss dann schon den Ländern ermöglicht werden, eigene technologische Kapazitäten aufzubauen, die es auch ermöglichen, aus eigenen Möglichkeiten heraus im Aufbau dieser Strukturen Jobs zu schaffen.

**00:42:41 Marco Herack**

Also daran sieht man im Grunde, dass man doch an diese ganzen Themen erstens natürlich schon noch mit mehr Blick auch nach außen drangehen muss, aber.. ja.. eben auch sich selber was zutrauen muss, ne. Also es ist dann doch recht komplex, was uns da jetzt gerade bevorsteht, wenn ich das so im Fazit sehen würde.

**00:43:01 Christina Schildmann**

Komplex ist 'n gutes Wort.

**00:43:02 Marco Herack**

Dann würde ich sagen, sind wir an der Stelle am Ende dieser Folge. Ich bedanke mich recht herzlich für die Teilnahme an Christina Schildmann, Vera Trappmann und Dennis Eversberg. Vielen Dank an euch.

**00:43:13 Christina Schildmann**

Vielen Dank.

**00:43:14 Vera Trappmann**

Vielen Dank.

**00:43:15 Dennis Eversberg**

Danke, Tschüss.

**00:43:16 Marco Herack**

Ja, wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann sendet sie uns an [systemrelevant@boeckler.de](mailto:systemrelevant@boeckler.de), das ist unsere E-Mail-Adresse also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einsenden. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts. Derer haben wir 2 und wir freuen uns natürlich sehr, wenn ihr unseren Podcast eurer Wahl abonniert. Vielen Dank fürs Hören, euch 'ne schöne Zeit und bis nächste Woche. Tschüss.

**00:43:41 Einsprecher**

Das war systemrelevant. Fakten für eine demokratische und nachhaltige Wirtschaft.